

Absender:

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

17-04237

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderungsantrag zur Vorlage 17-04086 - Einhaltung
Abwasserentsorgungsvertrag**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.03.2017

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

28.03.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

1. Die jährliche Sanierungsrate von durchschnittlich 1,25% und mindestens 1,1% wird beibehalten und nicht wie von der Verwaltung vorgeschlagen auf einen „Leitwert von 0,9 %“ abgesenkt.
2. Die Nichteinhaltung von Kennzahlen wird nicht akzeptiert.
3. Die jeweiligen Investitionsjahrespläne sind dem Rat vorab zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat in 2017 darzustellen, ob es von 2013 – 2017 zu einer Überschreitung der Grenzwerte bei Phosphor gekommen ist und welche Maßnahmen erfolgt sind bzw. erfolgen sollen, um die Einhaltung des Grenzwertes zu erreichen. im zuständigen Fachausschuss das geplante Großprojekt „Klarwert“ darzustellen. Dabei soll insbesondere dargestellt werden, ob und wie es zu einer nachhaltigen Reduzierung der Phosphorbelastung kommt und ob davon auszugehen ist, dass eine Grenzwertüberschreitung durch das Projekt zukünftig ausgeschlossen werden kann.
5. Durch die Mitteilung 17-04086-01 wurde dem Antrag an diesem Punkt durch die Verwaltung bereits entsprochen. Dieser Punkt hat sich damit erledigt.
6. Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat in 2017 darzustellen, ob es durch die Anpassung der Grenzwerte für Cadmium und Quecksilber seit 2015, zu einer Überschreitung der Schwermetallgrenzwerte im Klärslamm gekommen ist. Falls diese Überschreitungen stattgefunden haben, sind sofort Maßnahmen zu einer Absenkung der Konzentrationen durchzuführen. zuständigen Fachausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen die konkreten Messergebnisse der Cadmium- und Quecksilberbelastung seit 2015 darzustellen.
7. Die Verwaltung wird gebeten, von der SE/BS zu verlangen, dass der Personalbestand für den Betrieb der Kläranlage, der sich zum Ende des letzten Gutachtens (2012) an der unteren Grenze des nach dem Merkblatt ATV-M 271 ermittelten Bedarfes befand, auf einen Mittelwert angehoben wird.

Sachverhalt:

Zu 4: Laut Mitteilung der Verwaltung wird an ca. 18 Tagen im Jahr der Grenzwert für Phosphor überschritten. Mit dem Großprojekt „Klarwert“ soll ab 2018 versucht werden, die Phosphorbelastung abzusenken. Eine Beteiligung des Fachausschusses ist notwendig, damit bewertet werden kann ob es tatsächlich zu einer nachhaltigen Absenkung der

Belastung kommt und die Grenzwerte, zumindest ab 2018, tatsächlich eingehalten werden können.

Zu 6: Auch nach der Mitteilung und den Erklärungen des Stadtbaurates ist unklar, ob mit dem vorgeschriebenen DIN-Verfahren die Schwermetallbelastung gemessen wurde.

Anlagen: keine